

GÜMLIGENFELD

«Der Kanton hat alles überprüft»

Der Vorwurf: Der Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Gümligenfeld-Abstimmung entspreche nicht den Gesetzen. Die Entgegnung von Gemeindepräsident Hans-Rudolf Saxer: Der Kanton habe grünes Licht gegeben.

Am 24. Februar soll Muri-Gümligen über die Überbauungsordnung für das Gümligenfeld abstimmen. Die Bürger haben zwischen zwei Varianten zu urteilen, eine davon hat der Gemeinderat erarbeitet. SP-Grossrat Roland Näf ist der Ansicht, dass diese Version nicht den Gesetzen entspricht (wir berichteten).

Bussen sind unzulässig

Der andere Vorschlag, die Initiative «für ein Gümligenfeld ohne grösseren Publikumsverkehr», will den Individualverkehr in enge Schranken weisen. Der Gegenvorschlag des Gemeinderates ist weniger restriktiv, sieht aber Fahrtenkontingente vor. Werden diese überschritten, kann die Gemeinde als letzte Massnahme die Grundeigentümer zur Kasse bitten und für jede Fahrt oberhalb des Kontin-

gents zwei bis zehn Franken verlangen. Gemäss Roland Näf sind solche Konventionalstrafen unzulässig.

«Tauglich», sagt der Kanton

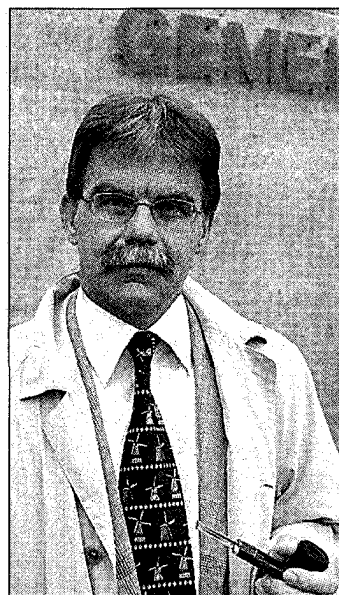
Muris Gemeindepräsident Hans-Rudolf Saxer (FDP) erklärt nun, dass der Kanton diese Sanktionen geprüft und anschliessend als tauglich erklärt habe. Zuständig für diese Prüfung ist das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR). Nach der Abstimmung im Februar wird diese Stelle die vom Volk bevorzugte Variante nochmals kontrollieren. Gemäss Hans-Rudolf Saxer habe das Amt für Gemeinden und Raumordnung signalisiert, dass es beide Versionen genehmigen könne. Arthur Stierli, Abteilungsvorsteher im AGR bestätigt, dass seine Behörde beide Entwürfe vorgeprüft habe.

Näf beharrt

Kritiker Roland Näf bleibt allerdings bei seiner Aussage: Solche Konventionalstrafen seien gemäss den kantonalen Bestimmungen unzulässig. Diese Vorschriften würden als Sanktionen bei Mehrverkehr nur Massnahmen zulassen, welche die Schadstoffemissionen begrenzen. Dies könnten unter anderem

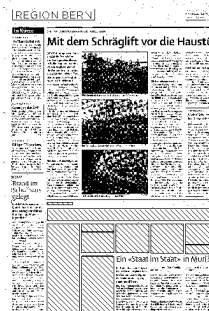
Parkplatzgebühren sein oder besser ausgebauter öffentlicher Verkehr.

PETER STEIGER



Carmelo Agovino

Viel Wind um die Ohren: Präsident Saxer.



Ein «Staat im Staat» in Muri?

Im Tannental ist unklar, ob die Läden wie geplant starten können. Zuständig sei die Baukommission, sagt Hans-Rudolf Saxer.

Herr Saxer, Anfang März wollen im Zentrum Tannental die ersten Geschäfte ihre Türen öffnen. Nun gefährden juristische Hürden dies. Was sagen Sie den empörten Ladenbesitzern?

Hans-Rudolf Saxer: Die aktuelle Situation ist ganz sicher nicht ideal. Ich kann mich als Gemeindepräsident jedoch nicht zu diesen Differenzen zwischen dem Kanton Bern und der Baukom-

mission von Muri-Gümligen äussern.

Lassen sich die komplizierten Verhältnisse zusammenfassen?

Es geht im Wesentlichen um die Frage, ob die Läden zonenkonform sind. Zu entscheiden haben dies die Baukommission und allenfalls übergeordnete Instanzen, keinesfalls aber der Gemeindepräsident.

Wenn die Bauherrschaft oder die Geschäftsinhaber Schadenersatz fordern, wäre das Dossier allerdings wieder bei Ihnen.

Das ist eine absolut hypothetische Situation. Nichts deutet

darauf hin, dass so was eintreffen könnte.

Der Gemeindepräsident äussert sich nicht zu dem, was seine Baukommission tut. Ist dieses Gremium ein Staat im Staat?

Nein. Wie in anderen Gemeinden entscheidet auch die Muriger Baukommission gemeindeintern in eigener Kompetenz und endgültig. Sie ist kein politisches Gremium, sondern fällt ihre Beschlüsse nur nach sachlichen und nach rechtlichen Kriterien. Deshalb soll die Kommission auch nicht politisch kontrolliert werden.

INTERVIEW: PST